

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zentralamerika – Bilanz mit Widersprüchen

Augenschein in fünf Staaten

Ein rundes dreiviertel Jahr ist verflossen, seit die Präsidenten von fünf zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala) im guatemaltekischen Esquipulas jenes Abkommen unterzeichnet haben, das der Region die allgemeine Demokratisierung, die Respektierung der Menschenrechte und ein Ende der Gewalt bringen soll. Die Bilanz des Erreichten und Versäumten ist reich an Widersprüchen und Überraschungen. Länder, in denen die Überwindung der internen Probleme zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung in Esquipulas (August 1987) relativ leicht erschien, gerieten im Härtetest der Realitäten in Phasen der Stagnation oder gar der Krise, während das vom Konflikt am heftigsten erfasste Land, Nicaragua, so stark unter Erfolgszwang stand, dass dessen Führung eine überraschende Dynamik entwickelte und sich schliesslich den Zielen der Unterzeichner von Esquipulas konsequenter annähern konnte als andere Staaten. (Costa Rica ist in dieser Hinsicht die Ausnahme: dieses Land ist traditionell eine Demokratie und hat die Voraussetzungen des Esquipulas-Abkommens schon lange vor dessen Unterzeichnung erfüllt.) Offen bleibt, wie dauerhaft die Errungenschaften der einen Seite und die Probleme der anderen sind. In Stichworten präsentiert sich die Sachlage zur Zeit so:

Die Regierung *Guatemala*s unternahm den Versuch, mit den verschiedenen Guerilla-Gruppierungen einen Dialog anzubahnen. Die Zahl der Terror-Opfer sank während einiger Wochen oder Monate, doch dann stieg die Gewalt wieder schlechend an. Linkspublikationen in Zentralamerika (ich beziehe mich auf Veröffentlichungen im Zeitraum zwischen November 1987 und März 1988) behaupten, die Guerilla-Kräfte hätten «Zugang» zu rund 60 Prozent des Territoriums Guatemaclas. Die von der Regierung zwar unabhängigen, dem Herrschaftssystem aber nahestehenden Zeitungen in Guatemala publizieren Tag für Tag Beiträge, in denen von Gewalttaten die Rede ist — sie lassen aber die Frage offen, wer sie begeht. Unterschwellig wird die Guerilla dafür verantwortlich gemacht, die Leute draussen im Lande aber zeigen sich davon überzeugt, dass die Entführungen und Morde mehrheitlich von getarnten Angehörigen der guatemaltekischen Armee begangen werden. In den Indio-Dörfern und Städten im Hochland herrscht weitverbreitete Angst. Vier bis sechs Todesopfer der möglicherweise institutionalisierten Gewalt vermelden die Zeitungen praktisch täglich. Etwa zehn dürften es in Wirklichkeit im Durchschnitt sein — bei einer Gesamtbevölkerung von rund 6 Millionen. Auf dem Papier werden die Grundrechte gewährleistet, wird der politische Pluralismus akzep-

tiert, aber im Alltag werden die hohen Prinzipien in mindestens ebenso gravierendem Masse verletzt wie vor der Unterzeichnung des Abkommens von Esquipulas.

Auch *El Salvador* leitete einen Dialog mit den linken Guerillakräften ein. Er schien zunächst einige Erfolge zu zeitigen, erfuhr dann aber einen Rückschlag. Die bewaffneten Revolutionäre misstrauten dem Reformwillen der Regierung unter dem christdemokratischen Präsidenten José Napoleon Duarte, und der Staatschef seinerseits geriet bei seinen Bemühungen um Aussöhnung mehr und mehr unter Druck des rechtsgerichteten Establishments und der ARENA-Partei. Kompliziert wurde die Entwicklung in El Salvador durch die vielschichtigen Beziehungen bei der Opposition: politische Kräfte (allen voran jene von Guillermo Ungo) erklärten sich zwar unabhängig von der bewaffneten Guerilla, agierten in den Stunden der Wahrheit aber im Gleichschritt mit dem militärischen Untergrund. Die Obrigkeit konnte sich auf eine weitgehend mit konservativen Strömungen sympathisierende Presse abstützen und ausserdem auf jene rund 1,5 Millionen Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe, die Tag für Tag von den USA gespendet wird. Washington wünschte sich Unerreichbares: die Stabilisierung der christdemokratischen Strömung, die Neutralisierung der extremen Rechten und der extremen Linken und die Festigung der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung (mit kleinen Korrekturen). Bei den Parlamentswahlen vom März zeigte sich, dass diese Strategie an den Realitäten vorbeizielte: die extreme Rechte gewann massiv, die Christdemokraten verloren – und mit ihnen jene Kräfte halbrechts von der Mitte, die eine Kompromiss-

Lösung gegenüber der Guerilla anstrebten.

Honduras versuchte nach der Unterzeichnung des Abkommens von Esquipulas im Windschatten der Ereignisse zu segeln. Die Regierung berief sich auf die erst vor kurzem durchgesetzten demokratischen Prinzipien, ordnete ihre Handlungen aber in regionalpolitische Gegebenheiten ein. Bedingt durch wirtschaftliche Engpässe und Armut, teilweise auch durch die Ideologie der herrschenden Schichten, integrierte sich die Regierung ins Zentralamerika-Konzept der USA. Amerikanische Militäreinheiten in Honduras konnten verstärkt werden, wenn Washington dies für nützlich oder notwendig erachtete. Opposition gegen die Außenpolitik der honduranischen Regierung wurde aber im April, bei den gewalttätigen Demonstrationen vor der US-Botschaft, erkennbar. Die Contras wurden nach offizieller Lesart von honduranischem auf nicaraguanisches Terrain verlegt, aber sie konnten in Zeiten der Bedräbnis jederzeit nach Honduras zurückströmen und erhielten von Honduras aus fast ohne Unterbrechung ihren Nachschub. Regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen in Honduras erklären, die Repression gegen Oppositionelle habe in den letzten Monaten zugenommen.

Costa Rica konnte seine traditionelle demokratische Ordnung aufrechterhalten, sich aussenpolitisch emanzipieren und dank der Persönlichkeit des Präsidenten, Oscar Arias, an Profil gewinnen. Wirtschaftliche Probleme führten bisher nicht zu einem Rückschlag in politischem Sinn. Oscar Arias, der Friedensnobelpreisträger, setzte Grenzen gegenüber der Zentralamerika-Politik der Reagan-Administration, blieb kritisch in bezug auf die Haltung

der nicaraguanischen Sandinisten, stärkte die Neutralitätspolitik (die sein Vorgänger, Präsident Monge, definiert hatte) und schränkte die Aktivität der politischen Führung der Contras ein.

Nicaragua stand zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens von Esquipulas im Zentrum des ideologischen, militärischen und wirtschaftlichen Sturms. Der Krieg zwischen der nicaraguanischen Armee und den von den USA finanzierten Contras forderte täglich Dutzende von Opfern. Die Sandinisten regierten im August 1987 mittels Notstand und aufgrund der Ausschaltung der Opposition. Im Frühherbst liessen sie die Publikation des Oppositionsblatts «*La Prensa*» wieder zu, duldeten Kundgebungen der Opposition, liessen einen Teil der politischen Gefangenen frei, leiteten einen Dialog mit den oppositionellen Kräften ein und rangen sich schliesslich zu Verhandlungen mit den Contras durch. Es gab allerdings auch Gegenströmungen: die Rekrutierungen wurden intensiviert, die Verstärkung der Armee vorangetrieben. Fast gleichzeitig entschlossen sich die Sandinisten anderseits, die Zensur vollständig aufzuheben. Und nach Verzögerungstaktiken und militärischen Vorstossen beider Seiten kam schliesslich ein Waffenstillstand zwischen der nicaraguanischen Armee und den Contras zustande. Die Amnestie wurde schliesslich auch auf einige ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somozas ausgedehnt.

Washingtons Perspektive

Nach den vielen Wechselbädern der letzten Monate bleibt die Frage, welche Motive die verschiedenen Gruppierungen in Zentralamerika bei ihren Entscheidungen beeinflusst haben. Es gilt,

für jedes Land und jede Machtgruppe interne, regionalpolitische und äussere Faktoren zu berücksichtigen. Die äusseren können, so merkwürdig das auf den ersten Blick wirken mag, am einfachsten auf gemeinsame Nenner gebracht werden.

Die Reagan-Administration sucht nach Formeln, die zu starker Verlangsamung (nicht zum totalen Stillstand) der sozialen Dynamik in den zentralamerikanischen Gesellschaften führen können. Washington strebte nach einer kontrollierbaren Entwicklung in Richtung von Demokratisierung, Antikommunismus und steigender Loyalität der intellektuellen Eliten zugunsten der allgemeinen Wertvorstellungen der USA. Man ging in der Zeit der Reagan-Administration davon aus, dass sich zwischen den Oligarchien und der angeblich langsam wachsenden Mittelschicht ein Interessenausgleich herausbilden müsse, dessen Dynamik die sozialrevolutionären Strömungen in die Isolation drängen könne.

Die vereinfachende Vision der USA nahm das gesellschaftliche Grundmuster Costa Ricas als Modell — wenigstens bis zu jenem Zeitpunkt, da in Costa Rica die erste Stufe der Emancipation unter Präsident Monge (Berufung auf Neutralität) einsetzte. Costa Rica blieb noch einige Jahre lang passiv neutral, wurde unter der Präsidentschaft von Oscar Arias dann aber in seiner Neutralität so aktiv, dass eine dynamische Vermittlung in den Konflikten Zentralamerikas von der provinziellen Hauptstadt San José aus möglich wurde. Die Folge war grössere Distanz zwischen den regionalpolitischen Zielen des Kleinstaates Costa Rica und jener der Supermacht USA — sie führte keineswegs zum Bruch, sondern zu authentischem Dialog.

Die Vereinbarung von Esquipulas war das äussere Anzeichen der Entwicklung, die man, rückblickend ins Jahr 1987, so definieren kann: Regierungen in demokratischer Kleidung über autoritär konstruiertem Körper (Guatemala, El Salvador, Honduras) entschlossen sich zu einem Spiel mit dem Feuer. Sie zeigten sich dialogfähig gegenüber der inneren Opposition mehr oder weniger revolutionärer Couleur, und sie testeten bei diesem Experiment die Flexibilität ihres mächtigen Helfers, der Grossmacht USA. Denn parallel zur Bereitschaft zum Dialog im Innern demonstrierten diese drei Regime eine (graduell unterschiedliche) Entkrampfung gegenüber dem politischen Versuchsfeld der nicaraguanischen Sandinisten. Losgelöst vom eigentlichen Vertragstext von Esquipulas lautete die Botschaft: eng mit Washington liierte Regierungen der Region Zentralamerika zeigten sich interessiert gegenüber einem in ihrer Nachbarschaft (erstmals seit dem Arbenz-Experiment in Guatemala zu Beginn der fünfziger Jahre) unternommenen Versuch, das Grundmuster der Interaktion zwischen einem zentralamerikanischen Land und den USA in Frage zu stellen. Die Grenzen des Interesses wurden allerdings ebenso klar dargestellt: alle Gesprächspartner Nicaraguas wünschten sich die Begrenzung des (in seinem bisherigen Umfang umstrittenen) Einflusses der Sowjets und der Kubaner.

Die Politik der beiden «Anrainerstaaten» des zentralamerikanischen Zentrums kann hier nur in Stichworten gestreift werden: Mexiko verhielt sich aufgrund von wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit Rücksicht auf die Politik der USA schein-neutral (die Regierung beobachtete mit sympathisierendem

Interesse die Entwicklung in Nicaragua), und Panama begann, sich in einem korrupt-verschlungenen Pfad von der Dominanz Washingtons auf widersprüchliche Weise zu lösen. General Noriega liess sich vom CIA gegen die Sandinisten einspannen, arrangierte sich mit dem kolumbianischen Drogenkartell, machte sich unentbehrlich für Drahtzieher und Mitspieler fast auf allen Seiten des regionalpolitischen Dramas — bis er, vor allem wegen Flirts mit geopolitischen Neutralisten, in Washington in Ungnade fiel.

Moskaus Perspektive

In bezug auf die äusseren Faktoren im Drama um Zentralamerika bleibt die Beantwortung der Frage nach den sowjetischen und kubanischen Intentionen vorerst noch arm an Konturen. Das Interesse Moskaus am sandinistischen Experiment ist zumindest redimensioniert worden. Offizielle Besucher aus der Sowjetunion beklagten sich gegenüber den Machträgern in Managua (und auch gegenüber westlichen Diplomaten) in dem Sinne, dass unter den Sandinisten wirtschaftspolitisch mehr Chaos als marxistisch orientierte Planwirtschaft herrsche. Der als Improvisationsfreudigkeit getarnte Dilettantismus der nicaraguanischen Führung wurde von den Sowjets mit Befremden zur Kenntnis genommen. Sie hielten gerade noch an ihrer Bereitschaft fest, das Regime der Sandinisten wirtschaftlich knapp überlebensfähig zu halten. Das aussenwirtschaftliche Defizit Nicaraguas in der Grössenordnung von jährlich etwa 600 Millionen Dollar wird, nach Ansicht von Exper-

ten in der zentralamerikanischen Region, wahrscheinlich zu einem beträchtlichen Teil von Moskau gedeckt — zu einer zukunftsträchtigen Wirtschaftsentwicklung aber reichen die sowjetischen Zuschüsse nicht.

Das militärische Interesse der UdSSR an Nicaragua scheint begrenzt oder erlahmt zu sein. Nicaraguas Vizepräsident, Sergio Ramirez, äusserte sich mir gegenüber in einem Interview: «Eine sowjetische Militärbasis wird es in Nicaragua nie geben.» An Nicaragua geliefert wurden von den Sowjets zwar Infanteriewaffen, Artillerie und Heli-kopter — Kampfflugzeuge aber erschienen nicht auf dem Konfliktfeld. US-Aufklärungsdokumente über Nicaragua anderseits erweisen sich bei persönlichem Augenschein zumindest als zweifelhaft, wie dieses Beispiel illustrieren mag: in einer neu herausgegebenen amerikanischen Dokumentation wird die einstige Somoza-Plantage von Montelimar an der Pazifik-Küste als Zentrum von sowjetischen Militär-installationen dargestellt. Ich besuchte die Plantage im November 1987 mit einem Fernsehteam und fuhr, mehr zufällig als geplant, mit einem Jeep von einem Ende der alten Flugpiste zum anderen, ohne irgendeiner Kontrolle zu begegnen und ohne eine der von der US-Aufklärung aufgefundenen Militär-anlage erkannt zu haben: weit und breit standen nur Geräte zur Ernte und zur Verarbeitung des Zuckerrohrs herum.

Noch einigermassen massiv soll anderseits die Präsenz von sowjetischen und DDR-Beratern in bestimmten Bereichen der Administration Nicaraguas sein. Wie stark sich dies auf die Ausgestaltung der Politik auswirkt, ist in Kreisen der westlichen diplomatischen Gemeinschaft in Nicaragua umstritten. Und etwa ebenso

unklar ist die Beurteilung des kubani-schen Einflusses.

Contras in Nöten

Kein Zweifel, die äusseren Faktoren haben das interne und regionalpoliti-sche Taktieren der nicaraguanischen Sandinisten in den letzten Monaten stark beeinflusst. Mindestens ebenso entscheidend für die Kurskorrektur der neun Comandantes, die eine Art von Politbüro bilden und das eigentliche Kabinett in entscheidenden Fragen überspielen, aber war die Erkenntnis, dass die bewaffnete Opposition der Contras und die unbewaffnete innere Opposition (bestehend aus 16 bis 18 miteinander rivalisierenden Gruppie-rungen) nicht imstande sind, die nica-raguanischen Massen gegen den Herr-schaftsapparat zu mobilisieren. Die geduldete innere Opposition schwächt sich durch oft kleinliche Polit-Schar-mützel und verfügt über keine auch nur einigermassen zugkräftige Persönlichkeit (der christlich-soziale «Chef», Erick Ramirez, stellt eine Ausnahme in eingeschränktem Sinne dar), und die seit Oktober 1987 wieder zugelassene Oppositionszeitung, *«La Prensa»*, ver-strickt sich oft in einen Journalismus, der Konfrontation um ihrer selbst wil-len ins Zentrum stellt, ohne zu hand-fester Recherchier-Arbeit gefunden zu haben. Die seit Janur/Februar wieder frei arbeitenden privaten Radio-Stationen Nicaraguas (in erster Linie *«Radio Católica»*) befinden sich auf der Suche nach der Rolle der «konstruktiven» Opposition, bleiben in ihrer Position aber noch schwammig. Ein Engage-ment zugunsten der Contras gab es seit der Aufhebung der Zensur in den

regierungsunabhängigen Medien Nicaraguas schon deshalb nicht, weil deren Führungspersönlichkeiten sich in den Jahren der Exilierung (so sehen es die meisten Oppositionspolitiker innerhalb Nicaraguas) in Grauzonen zwischen persönlicher Bereicherung und ideologischer Fixierung begeben haben. Als Ausnahme-Erscheinung gilt allenfalls Alfredo Cesar, der innerhalb der Contra-Führung halbwegs einem christlichsozialen Flügel zugerechnet wird. Und als charismatische Figur ausserhalb der Contra-Kräfte gilt immer noch Eden Pastora, der seinerzeit als Comandante Zero Geschichte gemacht hat, sich vom Lager der Sandinisten in jenes der Rebellen durchschlug, der «CIA-Versuchung» (so sagt er es im persönlichen Gespräch) widerstand und schliesslich den Weg ins Privatleben fand.

Nein, in der Stunde der Wahrheit des in Aussicht genommenen innenpolitischen Prozesses (bei Wahlen auf kommunaler oder nationaler Ebene) müssen die Sandinisten die Opposition kaum fürchten. Bleibt die Frage, wie weit sie bei ihrer Aufweichung der Positionen der Kirche gekommen sind. Kardinal Miguel Obando y Bravo entfernte sich im Verlauf des Jahres 1987 von der unterschwelligen Gutheissung der Contra-Taktik, und er begann überdies, in seinen Sonntags-Predigten in der Kirche Santo Domingo, immer deutlicher Kritik an der Selbstzerfleischung der politischen, internen Opposition zu üben. Die «offizielle» Kirche arrangierte sich mit den Sandinisten, auch wenn ein überschaubares Spannungsfeld erhalten blieb. Die sogenannte Basis-Kirche (in Nicaragua seit eh und je eher ein Produkt grenzüberschreitender Sozialromantik als authentisches Resultat aus dem Lande

selbst) geriet an den Rand des kirchenpolitischen Alltags.

Sandinisten in Notlage

Wenn diese Faktoren als Druck auf die in Nicaragua regierenden Sandinisten wegfallen oder wenigstens relativiert werden, was bleibt dann im Innern zur Motivierung des Wandels? Die Antwort fällt leicht: die wirtschaftliche Misere. Das Land existiert mit einer Inflation von tausend bis zweitausend Prozent (der kämpferische Chef der Vereinigung freier Unternehmer, Enrique Bolaños, spricht sogar von fünftausend Prozent Inflation), einer Lücke zwischen Export (etwa 220 Millionen Dollar) und Import (etwa 850 Millionen), einer Arbeitslosigkeit von wahrscheinlich mehr als 20 Prozent, einer erdrückenden Ausgabenlast für das Militär, einem Notstand bei der Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen. Der Schwarzmarkt ist längst zu einem Graumarkt geworden: man handelt bei grösseren und längerfristigen Geschäften mit dem Dollar, und private Aktivitäten werden heute in einem Ausmass geduldet, das noch vor einem Jahr für undenkbar gegolten hat. Das Regime erteilt aufgrund persönlich ausgerichteter Kriterien Lizenzen für den Import und fördert so in individuellem Sinne jetzt wieder die sogenannte gemischte Wirtschaft. Sie entwickelt sich allerdings nach wie vor mehrheitlich in einer Zone zwischen Verbotenem und Geduldetem. Alteingesessene AgrarUnternehmer aus dem Umkreis von Familien wie jener der Cuadras, der Bolaños, der Chamorros haben sich darauf eingerichtet, dass sie für einige Zeit (niemand weiss, für wie lange) den

Direktiven junger Revolutionäre aus den Ministerien nachleben und sich auf noch immer privatem Grunde den planwirtschaftlichen Strategien unterordnen müssen — tun sie es nicht, so droht ihnen die Fortführung der Enteignung. Sofern sie sich anderseits mit den Funktionären aus den Ministerien arrangieren, können sie sich eine Atempause verschaffen, die möglicherweise den Sprung in eine nach-sandinistische oder eine reform-sandinistische Zeit denkbar macht.

Um die Denk- und Handlungsweise des Landes zu begreifen, muss man sich aus der Hauptstadt hinausbegeben, in die Region um die Stadt León (altes Zentrum der Liberalen) oder um Granada (traditionelle Hochburg der Konservativen): da hat sich der Lebensstil auch neun Jahre nach der Machtergreifung durch die Sandinisten und dem Sturz Somozas nicht wesentlich geändert. Da wird vom Besitzer, vom Dueño, immer noch mit Furcht und Ehrfurcht gesprochen, da herrschen immer noch die alten Abhängigkeiten und Loyalitäten. Und auch neun Jahre nach der Zerschlagung der alten Ordnung und der Errichtung einer neuen Unordnung ist Nicaragua ein Land, dessen Gesellschaftsstruktur aus der Perspektive der Familien begriffen werden kann. Wobei familiäre Bindungen nicht automatisch gleichgerichtete Interessen bedeuten: in den nicaraguanischen Familien gibt es bisweilen sogar extreme Gegensätze in bezug auf die Haltung zur aktuellen Lage — langfristig dürfte dann aber doch die Solidarität den Sieg davontragen. Die Chamorros bilden in dieser Hinsicht eine der bemerkenswertesten Familien: Doña Violeta steht an der Spitze des Oppositionsblattes «*La Prensa*». Ihre Tochter, Claudia, ist sandinistische

Botschafterin in Costa Rica. Jahrelang in der Nachbarschaft Claudias war deren Bruder, Pedro Joaquín Chamorro, tätig — als Mitglied des Direktoriums der Contras. Ein anderes Familienmitglied arbeitet als Journalist bei der regierungsnahen Tageszeitung «*La Barricada*», ein weiteres ist Chefredakteur des regierungsfreundlichen «*Nuevo Diario*». Böse Zungen behaupten bisweilen, die Chamorros hätten Mitglieder der Familie absichtsvoll in den verschiedenen Lagern plaziert, um Vorsorge für alle Fälle zu treffen, um auf jeden Fall bei den Siegern des Rings von übermorgen mit dabei zu sein. Das mag als Interpretation übersteigert sein. Die Bedeutung der Familienbande kann anderseits daran abgelesen werden, dass die Herrschaft an der Spitze der Machtpyramide von zwei Mitgliedern der gleichen Familie ausgeübt wird, von Daniel und Humberto Ortega. Und seltsame Parallele: schon zu Somozas Zeiten gab es eine Herrschaft von Brüdern.

Man kann Nicaragua auch aus einer anderen Perspektive schildern: dieses Land, das in der Sichtweise der Reagan-Administration als Ableger marxistisch-leninistischer Grundordnung begriffen wird, ist nach wie vor in gewisser Hinsicht «wilder Westen». Nur eine Minderheit der Bürger zahlt regelmässig Steuern, nur eine Minderheit ist administrativ erfasst. Als Journalist besitzt man in Nicaragua viel Bewegungs- und Aktionsfreiheit. Nimmt man Kontakt mit den offiziellen Stellen auf, so ergibt sich mit schöner Regelmässigkeit der Eindruck, dass in den verschiedenen Amtsstellen eine Mischung von Chaos und bürokratischem Übereifer herrscht.

Diese Mischung wird möglicherweise das vorrangige Problem für die

nicaraguanische Führung in einer äusserlich friedlicheren Zeit werden. Die Nicaraguaner wünschen sich ja nicht nur das Ende des Kriegs mit den Contras (das seit den Verhandlungen im Grenzort Sapoa Ende März und seit

dem Inkrafttreten des Waffenstillstands denkbar geworden ist), sondern sie sehnen ebenso sehr ein Ende der wirtschaftlichen Misere herbei. Dieses Ziel liegt vielleicht in weiterer Ferne als ein Ende des bewaffneten Konflikts.

Erich Gysling

Lederstrumpf und die Demokratie

1838. Martin van Buren war Präsident der Vereinigten Staaten. Er hatte das Erbe Andrew Jacksons angetreten, dem er als rechte Hand geholfen hatte, dem egalitären Trend in der amerikanischen Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen, und von dem er eine wirtschaftliche Depression übernommen hatte. Allerdings hatte Andrew Jackson sämtliche Staatsschulden zurückbezahlt, ausserdem aber die Bundesbank wieder abgeschafft. Van Buren hatte am Aufbau jener Partei mitgewirkt, die heute noch als Demokratische Partei abwechslungsweise mit der Republikanischen Partei das Staatsruder führt oder zu führen versucht. Van Buren ist — wenigstens bis 1988 — der letzte Vizepräsident geblieben, der auf seinen Präsidenten nachrückte.

Andrew Jackson hatte noch gegen die Indianer Krieg geführt und diese schliesslich über den Mississippi zurückgetrieben, was vom heutigen Standpunkt aus gesehen, kein Prunkstück in der Geschichte der Vereinigten Staaten war. Die «Frontier», in der sich die Siedler aus Europa gegen die Indianer durchsetzten, wo sie Wälder rodeten und Felder anpflanzten, verließ in den dreissiger Jahren des 19. Jahrhun-

derts nicht weit von Andrew Jacksons Herrschaftshaus bei Nashville in Tennessee. Auch der «obere» Teil des Staates New York war noch von Spuren der «Frontier»-Entwicklung gezeichnet.

Dort schrieb James Fenimore Cooper seine Abenteuergeschichten über Waldläufer und Indianer, aber auch über Seehelden. Am bekanntesten sind wohl die Lederstrumpfgeschichten mit Natty Bumppo, Chingachgook und Uncas. Sie erzielten hohe Auflagen, riefen aber auch Kritiker auf den Plan, unter denen sich Mark Twain hervortat. Höhnisch schrieb dieser, «Chingachgook» spreche sich wohl aus wie «Chicago». 1838 legte Cooper aber auch seine politischen Gedanken nieder in einem Buch «The American Democrat», das heute wieder eine gewisse Beachtung findet, und zwar nicht nur weil es sein 150-Jahr-Jubiläum feiern könnte. «Liberty Classics»¹ hat die Ausgabe von 1931 mit ihrer Einleitung von H. L. Mencken neu herausgebracht.

Cooper wurde 1789 geboren. Er verbrachte einen grossen Teil seiner Jugend in Cooperstown, in einer noch recht wilden Gegend am Otsego-See im «oberen» New York. Cooperstown

ist nach seinem Vater benannt, einem reichen Grundeigentümer. James Fenimore trat schon mit 14 Jahren in die Yale University ein. Später diente er in der Handelsmarine und in der Kriegsmarine. Er lebte mehrere Jahre in Europa, vor allem in Frankreich. 1820 veröffentlichte er seinen ersten Roman, dem bis zu seinem Todesjahr 1851 dreissig weitere folgten. Cooperstown blieb jedoch eines seiner Lebenszentren, weshalb ihn Mencken als «backwoods Junker» bezeichnete. Er führte zahlreiche Prozesse gegen die Presse und gegen seine Pächter, welche ihm das Grundeigentum streitig machten, und gewann die meisten Verfahren.

Cooperstown, damals nahe der «Frontier» gelegen, hat heute eine Bevölkerung von 2300 Einwohnern. Es ist bekannt als Wohnort James Fenimore Coopers, aber mehr noch als Platz, wo die National Baseball Hall of Fame, sozusagen die Weihestätte des Nationalsports, errichtet worden ist. Dort soll 1839 General Abner Doubleday Baseball erfunden haben, ein Spiel, das die Amerikaner begeistert und das langsam nach Lateinamerika, Japan, Taiwan und Italien übergreift. Mexikaner oder Taiwanesen gewinnen jeweils die Junioren-Weltmeisterschaften. Die Gegend ist bekannt durch die Maler der Hudson River School, der ersten einheimischen amerikanischen Kunsbewegung, die sich seit den 1820er Jahren mit Landschaftsbildern — wohl zuerst denjenigen von Thomas Cole — aus der Gegend des «oberen» New York zur Geltung brachte. Der Erie-Kanal machte in dieser Periode den Mittelwesten dem Handelsaustausch mit New York und den Einwandererströmen zugänglich und verschob die «Frontier» rasch westwärts.

Aber der «Frontier»-Geist be-

herrscht noch die Romane Coopers: Sünde und Tugend, Tapferkeit und Verzagtheit, Freundschaft und Verrat ringen miteinander. Unsägliche Gefahren, Heimsuchungen und Versuchungen müssen überwunden werden, sei es zu Land oder zur See. Der gute Weisse und die edle Rothaut sind wichtige Symbolfiguren. Die Auserwählten — im calvinistischen Sinne — bestehen die Prüfung. Das sind Themen, die Coopers Bücher durchziehen. Sein kurzes Werk über die Demokratie entsprang nicht einem andern Geist. Es erschien 1838, also genau zwischen der Veröffentlichung des ersten und des zweiten Bandes von Alexis de Tocquevilles «Demokratie in Amerika». Coopers Buch kann weder nach der Breite noch der Tiefe der Gedanken mit dem Opus des Franzosen verglichen werden, dem ein einmaliger Wurf gelang.

Cooper legt ein Bekenntnis zu der Demokratie ab, was offenbar keine Selbstverständlichkeit war. Er bemerkt in seiner Einleitung: «Der Schreibende glaubt, er sei ein so guter Demokrat wie es ihn in Amerika gibt. Er zieht eine Demokratie jedem andern System vor, wegen ihrer vergleichbaren Vorzüge und nicht wegen ihrer Vollkommenheit.» Coopers Amerika war also nicht eine vollkommene Demokratie. Er teilte jedoch das Sendungsbewusstsein der Mehrheit ihrer Führer. Er unterstützte Andrew Jacksons Demokratische Partei, obwohl er antegalitär gesinnt war. Heute würde ihm der Vorwurf nicht erspart, er sei ein «Elitist».

Als Cooper seinen Traktat schrieb, gab es zwar wichtige, aber nicht besonders viele Kommentare zu der Verfassung von 1787, um welche sich noch nicht ein Heiligenschein rankte wie später. Auseinandersetzungen fanden darüber statt, welche Rechte den Ein-

zelstaaten und welche dem Bund zukämen. Cooper meinte, die Bill of Rights — die zehn ersten Amendments zur Verfassung — seien nicht auf die Staaten anwendbar. Im Rückblick, unter Berücksichtigung der seitherigen Entwicklung, erscheint diese Auffassung abwegig, obwohl sie im damaligen Zusammenhang noch vertretbar war.

Cooper sieht die Kompetenzen der Regierung als unpräzis umschrieben, während der Legislative die höchste Autorität bei geringster Verantwortung zugesprochen werde. Deshalb müsse eine höhere Autorität über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze entscheiden, nämlich der Supreme Court. Diese Forderung ist deshalb bemerkenswert, weil die «judicial review», die Befugnis zur Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze, damals erst in einem einzigen Falle entschieden worden war (*Marbury v. Madison* 1803). Cooper geht mit Kongressmitgliedern streng ins Gericht, die ihre Kompetenzen überschreiten: «Law makers should not be law breakers.» Der Begriff der Rechtsverletzung wird extensiv ausgelegt. Die Kongressmitglieder sollten nicht einmal das Recht haben, Reden über Gegenstände zu halten, über die sie keine Gesetze erlassen dürfen. Solche Reden und Kongressuntersuchungen sind heute gang und gäbe.

Die Rechtsgleichheit legt Cooper in ihrem ursprünglichen liberalen Sinn aus. Sie soll nicht bis zur Gleichmacherei weitergetrieben werden; denn diese führe nur zu gleichem Elend. Das Eigentumsrecht bezeichnet er als «unerlässliche Vorbedingung der Zivilisation». Cooper warnt, dass «wer einmal frei war, nicht notwendigerweise immer frei ist, soweinig wie jener, der einst glücklich war, in Ewigkeit als glücklich betrachtet werden kann».

Zum Schutz der Freiheit sollte die Herrschaft der Mehrheit auf bestimmte Fälle beschränkt und nicht über diese hinaus ausgedehnt werden.

Den Hauptvorteil der Demokratie sieht Cooper in der allgemeinen Hebung des Charakters des Volks. Wenn wenige zu grosser Höhe erhoben würden, dann würden wenige sehr tief hinuntergedrückt. Aber der Erfolg der Demokratie hänge von der Intelligenz des Volks ab. Cooper beklagt die Tendenz der Demokratie, zu Mittelmässigkeit zu führen, und zwar in der Literatur, der Kunst, der Architektur und auf andern Gebieten. Verallgemeinernd kritisiert er: «Es ist ein unausrottbares Laster der Demokratien, das Recht durch die Öffentliche Meinung zu ersetzen.» Die Massen übten auf diese Weise eine Tyrannie aus. Das war vor den Meinungsumfragen geschrieben.

Ein Drittel des Buchs ist der Demokratie als Staatform gewidmet. Dann betrachtet Cooper kritisch die Eigenschaften und Vorurteile der Amerikaner, ihre private und öffentliche Stellung und selbst ihre Hausangestellten. Er bekennt sich zum Prinzip des «noblesse oblige». Besitz und Bildung räumen einen Vorrang ein. Die Maxime, «ein Mann ist so gut wie der andere» sei weder in der Natur, noch in der Moral oder in der politischen Theorie wahr; sie beziehe sich nur auf die Rechte des Menschen. Cooper befasst sich eingehend mit dem Prinzip der Repräsentation (was den hier Schreibenden das Herz lachen lässt, weil er darüber vor Jahrzehnten seine Dissertation geschrieben hat).

Den Amerikanern wirft Cooper mangelnde Offenheit im Gespräch vor. Heute würde er wohl einen Gegensatz finden zwischen der Freundlichkeit im Gespräch und der oft im geschriebenen

Wort hervordringenden Bösartigkeit. Cooper kritisiert die Aussprache seiner Landsleute und wirft ihnen vor, dass sie nicht «the Queen's English» verwenden. Er hält sich ferner auf über die Manieren in Amerika. Am schlimmsten findet er den Ungehorsam der Kinder und ihren fehlenden Respekt vor dem Alter. Ähnliches hat man in den letzten Jahrzehnten bis zum Überdruss wieder gehört. In Coopers Augen verstehen die Amerikaner nicht nur nichts von Kunst und vor allem von Musik, sondern auch nichts von der Küche, weshalb es so viele Magenleiden gebe.

Mit der Presse hat Cooper ein besonderes Hühnchen zu rupfen. «*The press, like fire, is an excellent servant, but a terrible master.*» Er räumt ein, dass es ohne Pressefreiheit keine Volksfreiheit gäbe. Aber die Presse, die so wirksam sei als Gegnerin von Tyrannen, könne selber despotisch werden. Cooper steigert sich zu einer Philippika gegen die Presse, welche die gesamte Öffentlichkeit tyrannisiere und in eine Atmosphäre der Falschheit stürze. Er stellt die Frage, ob nach Weglassen der Heiratsanzeigen und Todesnachrichten noch fünfzig Prozent der Informationen wahrheitsgemäß seien. Er fordert

schärfere Strafen für Ehrverletzungen, was bei seinen langjährigen Prozessen gegen die Presse nicht verwundert. Nach heutigem Recht hätte er weniger dieser Prozesse gewonnen.

Wer sich über die Auswüchse der Pressefreiheit aufhält, mag an Cooper denken oder an die «Aurora» von Benjamin Franklin Bache, die Präsident George Washington 1797 als Betrüger und Verderber der Nation beschimpfte.

Cooper räumt im Vorbeigehen mit einigen Irrlehrn auf. Es sei ein Fehler, anzunehmen, dass der Handel die Freiheit fördere. Parteien seien keineswegs für die Freiheit notwendig. Die Parteien seien Instrumente des Irrtums. Nachdem der durch die Parteien gelieferte Kitt in den politischen Strukturen seit 1972 weitgehend wegreformiert worden ist, zeigt sich jedoch, wie schwer regierbar das Land geworden ist. Aber für Cooper war das Individuum noch Anfang und Ziel aller politischen Arbeit. Zum Trost sei festgestellt, dass mit dem letzten Mohikaner nicht auch der letzte Individualist in Amerika dahingegangen ist.

Hans E. Tütsch

¹ Verlag des Liberty Fund, Indianapolis 1981.

Kurt Ringger

Als der Beitrag Kurt Ringgers im Märzheft über ein Werk zwischen Jurisprudenz und Literatur seines Landsmannes — und Kollegen an der Universität Mainz — Peter Schneider,

erschien, hatte der aus Oberglatt stammende Romanist bereits wegen schwerer Erkrankung die Teilnahme am Kolloquium über italienische Literatur an der Universität Düsseldorf absagen

müssen, dessen Mitveranstalter er war. Es fand vom 25. bis 27. April statt und bot Anlass zur Erinnerung und Würdigung.

Kurt Ringgers erster Beitrag in den «Schweizer Monatsheften» — im Februar 1977 — umfasste zwanzig Seiten und stellte die mehrfache Problematik des Verhältnisses der Welschschweiz, der deutschen Schweiz wie der beiden Nachbarländer zu Ramuz dar, die Begeisterung der Dichter, die Unterschätzung durch Kritiker — Eduard Korrodi war eine der Ausnahmen. Der Aufsatz zeigte auch, wie die von Ramuz selber betonte Modernität oft — in üblem Sinn im Dritten Reich, aber auch gut gemeint in der Heimat des sogenannten «Schollendichters» — verkannt wurde, als habe der Romancier seine stilisierte Sprache den waadtländischen Winzern vom Mund abgelesen und als dürfe nicht die Zusammenarbeit mit Igor Strawinsky als seine glücklichste Schaffenszeit gelten. Die bibliographischen Hinweise ergänzten, was in einschlägigen Büchern vermisst wird.

Die Spannweite der Interessen des Romanisten reichte von der ersten französischen Dichterin «Marie de France» — im Nachwort zur Manesseausgabe des «Lais» sind die Ergebnisse der Habilitationsschrift zusammengefasst — zum Theater des Absurden und seinem selbständigen italienischen Vertreter Achille Campanile (1971) und zu den italienischen Opernlibretti, die — so befand Ringger — von den Musik- wie den Literaturwissenschaftlern zu Unrecht vernachlässigt worden sind.

Doch war Ringgers Hauptinteresse zwei Autoren zugewandt, die, jeder auf seine Weise, zugleich Italien und Frankreich angehörten: dem Komödienschreiber Goldoni, der so lange in Paris gewirkt hat, und Stendhal, der

sich «Cittadino di Milano» nannte. Als Herausgeber der vierbändigen Gesamtausgabe von Goldonis Komödien bei Einaudi hat Ringger die Einleitung und die Anmerkungen italienisch geschrieben, während er die Arbeiten über Stendhal — darunter «L'âme et la page» (Aran, 1972) — französisch abfasste. Ringger war Mit Herausgeber der Arbeiten eines Stendhal-Kolloquiums, das, nicht ohne sein Zutun, in Mainz stattfand. Dort verband ihn Freundschaft mit dem Gast dozenten Michel Butor. Was beide für ihre Studenten bedeuteten, durfte ich miterleben, als Butor in Mainz anlässlich des Erscheinens eines Essaybands gefeiert wurde.

Welche Anregungen Ringger als Lehrer (Gymnasium Rämibühl, PD an der Universität Zürich, Ordinarius an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz) gab, können seine Schüler und Studenten bezeugen. Die Faszination, die Theater und Oper auf ihn ausübten, machte deutlich, was er unter lebendiger Literatur verstand.

Mir verbindet sich das Gedenken an den Jüngeren mit einem von Lea Ritter Santini veranlassten Kolloquium mit und um Leonardo Sciascia in Bad Homburg. Seither nannte ich ihn wegen seiner Fähigkeit, sich und andere zu begeistern, manchmal «Dio Kurt» — was allerdings der Kenner des gleichnamigen Schauspiels von Alberto Moravia als ironisch gebrochene Huldigung aufnahm, die mit seinem Humor rechnete. Von Kurt Ringger ging eine höhere Heiterkeit aus, die über das — zum Teil weit verstreute — Werk hinaus den Schülern wie den Freunden nach dem Hinschied des Vierundfünfzigjährigen gegenwärtig bleiben wird.

François Bondy